

INKLUSION beginnt im Kopf.
Wir leben Visionen.

Dokumentation des Verbandstages
28. März 2012

Denkanstöße für zukunftsweisende Antworten

INKLUSION beginnt im Kopf. Wir leben Visionen.

So lautete das Motto des diesjährigen Verbandstags des PARITÄTISCHEN Landesverbandes Hessen. Wie lässt sich eine gleichberechtigte, uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens umsetzen? Und was folgt daraus für den Verband und die Mitglieder? Im Ständehaus in Kassel setzten sich rund 180 Köpfe mit diesen Fragen auseinander. Umfassende Antworten will der Landesverband bis 2013 geben. Er hat Inklusion zum zweijährigen Schwerpunktthema ausgerufen. Der Verbandstag markierte den Auftakt für das Motto und die gleichzeitige (Eigen-)Aufforderung: INKLUSION beginnt im Kopf. Wir leben Visionen.

Vor Beginn der Veranstaltung lief im Ständesaal ein Comic-Film der Aktion Mensch mit griffigen Botschaften über die Leinwand. Inklusion sei, wenn:

- „Anderssein“ normal ist,
- „Nebeneinander“ zum „Miteinander“ wird und
- „alle mitmachen dürfen“.

Dass die Realisierung inklusiver Denkanstöße nicht mit ein paar Federstrichen getan ist, machte der Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Hessen, Dr. Wolfgang Werner, deutlich: „Es braucht noch

Jahre.“ Inklusion beschrieb Dr. Werner als gesamtgesellschaftliches Thema. Daher sei es wichtig, den Inklusionsgedanken im Bewusstsein aller Bevölkerungsschichten zu verankern. Das Echo in den eigenen Reihen stimmte den Vorstand optimistisch: Mit 180 Teilnehmenden verzeichnete der Verbandstag einen Rekord, und immerhin ein Drittel der vertretenen 150 Mitgliedsorganisation stammte nicht aus dem Bereich Behindertenhilfe.

Ausgangspunkt der Inklusionsdebatte ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die eine uneingeschränkte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen festschreibt und die von der Bundesrepublik 2009 ratifiziert wurde. „Daraus entsteht ein Rechtsanspruch“, betonte Dr. Werner. Mit Bewusstseinsbildung, Barrierefreiheit, Bildung und Arbeit benennt die UN-BRK vier Handlungsfelder zur Inklusion, die die hessische Landesregierung in ihren Aktionsplan übernommen hat.



+ + + NOTIZEN DER TEILNEHMENDEN AUS DEM WORLD-CAFE + + + NOTIZEN DER TEILNEHMENDEN

Wo fängt Inklusion an?
Wie kann man jeden zur Inklusion einladen?
Bologna für alle!
Begleitung von Mitgliedern bei der Umstrukturierung hin zur Inklusion
Inklusion nicht nur für Behinderte
Keiner spricht mehr über Inklusion! Inklusion ist gesellschaftl. Realität.
Es ist normal verschieden zu sein!
mehr wertfreie Wahrnehmung von allen



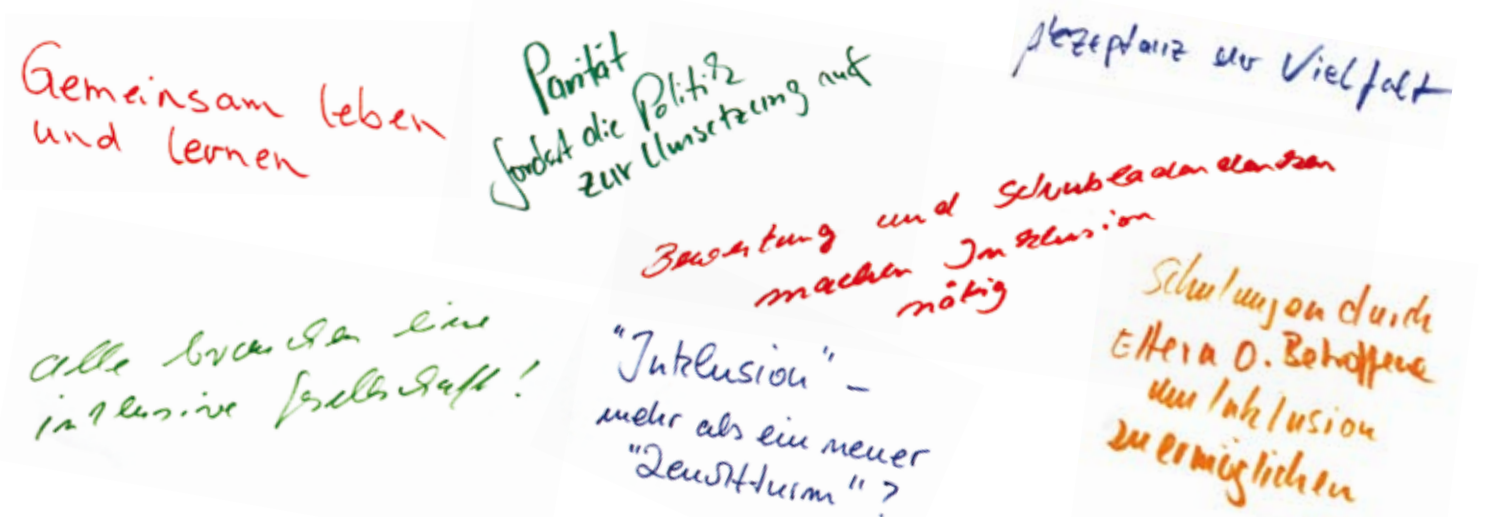
Die Umsetzung von Inklusion für den Bereich schulische Bildung erregte im Ständehaus heftigste Kritik: Zwar können behinderte Kinder in Hessen an Regelschulen angemeldet werden, aber von der daraus folgenden Notwendigkeit, adäquate Ressourcen an den Schulen zu schaffen, könne keine Rede sein. Dass Schulen die Aufnahme behinderter Kinder bei mangelnder personeller, sächlicher oder räumlicher Ausstattung ablehnen könnten, bezeichnete Dr. Wolfgang Werner als „Inklusion nach Kassenlage“ und „unerträglichen Fakt“. Die konsequente Ermöglichung von Teilhabe erfordere nun einmal Maßnahmen, „die mitunter kostenintensiv sind“.

Evelin Schönhut-Keil, Erste Beigeordnete des LWV, trug vor, dass für ein landesweit inklusives Leben die Infrastruktur der Regionen weiterentwickelt werden müsse. So fehle es zum Beispiel im Rhein-Main-Gebiet an geeignetem Wohnraum und über-

all an passenden Arbeitsplätzen in Unternehmen. Wie Inklusion gemäß UN-BRK mit den in Deutschland geltenden Strukturen und Gesetzgebungen erreicht werden könne, wurde im Ständehaus immer wieder kritisch diskutiert, auf dem Expert/-innen-Podium wie bei den Tisch-Diskussionen im späteren World-Cafe im Saal. Eine Teilnehmerin drückte es so aus: „Weg von der Versäulung, mehr Querdenken“.

Doch der Verbandstag beließ es keinesfalls bei dem Fingerzeig „nach oben“. Er warf in der Diskussion Fragen zu den eigenen Möglichkeiten auf: Wie ist es um die „Inklusivität“ der eigenen Einrichtungen und Institutionen bestellt? Und welche Verbesserungen sind möglich? Die Gedanken gingen über bauliche und personelle Anpassungen hinaus: Was wird sein, wenn Inklusion verwirklicht ist? Wohin steuern die Einrichtungen und deren Träger? Werden sie zu reinen „Dienstleistern“, wie es ein Teilnehmer formulierte? Gar überflüssig?

Der Verbandstag hat ein breites Spannungsfeld offengelegt und in den Diskussionsrunden, wie erhofft, zahlreiche Denkanstöße für den Vorstand und die verbandliche Projektgruppe „Inklusion“ zusammengetragen. „Die Umsetzung wird nicht von heute auf morgen erfolgen können“, erklärte Geschäftsführer Günter Woltering. Einen ersten konkreten Schritt kündigte er bereits an: Der Verband hat ein Förderprogramm aufgelegt, damit alle Träger ein barrierefreies Online-Portal ins Netz stellen können. Weitere Schritte sind auf der Internetseite des PARITÄTISCHEN Hessen unter dem Button INKLUSION zu verfolgen.



Inklusion nicht zerschreddern

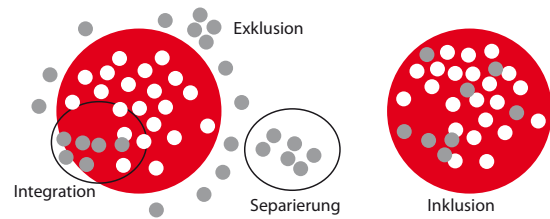
Vortrag von Prof. Dr. Stefan Sell

Ein wahres Feuerwerk von Statements zu Inklusion entzündete Prof. Stefan Sell vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz im Rahmen seines Vortrags auf dem Verbandstag des PARITÄTISCHEN Hessen in Kassel. Dabei spannte er einen großen Bogen rund um die unterschiedlichen Widersprüchlichkeiten und Gefahren, von denen der Inklusionsbegriff geprägt und bedroht sei.

Ambivalenzen eines revolutionären Ansatzes

Inklusion als revolutionärer Ansatz, wie Sell es in seiner Überschrift beschreibt? Ja, unbedingt! Inklusion als Revolution für die Gesellschaft als Ganzes, weil sie die Bearbeitung ihrer Inklusionsprobleme und Exklusionsgefährdungen nicht mehr einfach outsourcen könne und wolle; für die Einrichtungen und Menschen in der Sozialen Arbeit, die ihre Methoden und Konzepte inklusiv ausrichten und neu denken müssten; und schließlich und zuvorderst für jene, die bislang exkludiert bzw. am Rande der Gesellschaft „teil-integriert“ seien.

„Revolution Inklusion“? Mit einem Augenzwinkern ironisierte der Gastredner jene historisch naheliegende Revolutionsmüdigkeit eines hoch disziplinierten deutschen (Verwaltungs-)Staats, dessen fast schon zwanghafte Regelkonformität und Richtlinientreue zur ersten Feuerprobe für die



„Vision Inklusion“ werden könnte. Oder anders, so Sell mit den Worten Lenins: „In Deutschland können keine Revolutionen stattfinden, weil die Leute immer erst eine Bahnsteigkarte lösen, bevor sie den Bahnhof stürmen“.

Revolution wofür und mit welchem Ziel eigentlich? Dass die Beantwortung dieser Frage nicht eindeutig und schon gar nicht einfach zu sein scheint, offenbarten einige kritische Reflexionen Sells zur aktuellen Debatte in Deutschland. Jene sei geprägt von einer inhaltlichen Engführung des Inklusionsbegriffs auf die ausschließliche Frage nach der Inklusion behinderter Menschen und daneben von einer starken „Schullastigkeit“. Dafür zeigte der Sozialwissenschaftler wenig Verständnis, seien doch viele andere gesellschaftliche Teil-Gruppen ebenso von Ausgrenzung und den damit einhergehenden Problemen betroffen. Und diese seien durchaus vergleichbar mit den Ausgrenzungsproblemen behinderter Menschen.

Häufig wird nicht inkludiert, sondern höchstens teilintegriert

Gleichzeitig warnte Sell vor der inflationären Verwendung des Begriffs Inklusion. Er drohe zum „Catch all“-Begriff zu werden, mit dem man meine, fast alles irgendwie einfangen zu können, und

+ + + NOTIZEN DER TEILNEHMENDEN AUS DEM WORLD-CAFE + + + NOTIZEN DER TEILNEHMENDEN

Jeder ist willkommen!

Grenzen der Inklusion für Drogenabhängige

alle Kinder bringen, ohne unterschiedl. Fähigkeiten in ihre Gestaltung der Vorklasse ein

Freiheit Unterstützen & zu wählen

Das Wesentliche: immer wieder wiederholen!

Akzeptanz für Inklusion schaffen.

Girls Day für Alle!

dem sich auf (kommunal-)politischer Ebene daher jeder zu bedienen genötigt sehe. Zu schlechter Letzt bliebe von einer großen Idee nur noch eine klein geschredderte und zu einem Verwaltungsbegriff degenerierte Worthülse.

Widersprüchlichkeiten und Gefahren

Doch Sell beließ es nicht bei abstrakten Rekonstruktionen des Inklusions-Diskurses. Er veranschaulichte darüber hinaus die Widersprüchlichkeiten und unmittelbaren Gefahren für eine tatsächliche Umsetzung von Inklusion an sehr plastischen Beispielen wie dem der Beschäftigung behinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt und resümierte: „Die Schutzrechte, die aus gutem Grund für behinderte Menschen geschaffen worden sind, schlagen in ihr Gegenteil um“, so dass selbst für aufgeklärte und offen eingestellte Arbeitgeber die Einstellung von Menschen mit Behinderungen ein „No Go“ sei. Denke man das Revolutionäre am Inklusions-Konzept stringent zu Ende, dürfe es, so Sells provokante These, diese Sonderregelung für behinderte Menschen nicht mehr geben. Und er ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er dies als ein Messkriterium für das Fortschreiten des Inklusions-Prozesses ansehe, wolle man ein Instrument zur Messung perspektivisch zur Anwendung bringen.

Ambulant versus stationär

Mit Blick auf die kontroverse Diskussion um „ambulant versus stationär“ forderte Sell dann insbesondere Vertreter/-innen stationärer Einrichtungen heraus: So zeichnete er mit Dörner und anderen Verfechter/-innen einer strikten Ambulantisierung das Bild einer „heimlosen Gesellschaft“, die sich

Wenn Inklusion geschreddert wird Der kritische Blick – Ein Beispiel

Vorspiel: Inklusion wird als Integration übersetzt

1. Akt: Es besteht kein Handlungsbedarf!
2. Akt: Das Recht auf Inklusion wird zum Recht auf Bildung abgestuft
3. Akt: Das Recht auf Inklusion ist nicht als Individualrecht einklagbar
4. Akt: Die Pluralität der Lernorte wird zur bildungspolitischen Doktrin erhoben
5. Akt: Die Pluralität der Lernorte wird auf Haupt- und Sonderschule reduziert
6. Akt: Inklusive Bildung wird in parainklusive Organisationsformen abgedrängt
7. Akt: Inklusive Bildung wird unter Ressourcenvorbehalt gestellt
8. Akt: Inklusive Bildung wird systematisch unterfinanziert
9. Akt: Die Länder verweigern eine Kostenbeteiligung nach dem Konnexitätsprinzip
10. Akt: Das Kindeswohl wird als Grenze der Inklusion bestimmt
11. Akt: Das Elternwahlrecht wird für den Erhalt der Sonderschule instrumentalisiert
12. Akt: Die Schulstatistiken werden inklusionsfreundlich gestaltet
13. Akt: Die Partizipation der Zivilgesellschaft wird minimalisiert
14. Akt: Die KMK verabschiedet „Empfehlungen“ ohne Empfehlungen

Abgesang: Die Bundesregierung entlässt die Bundesländer in die Beliebigkeit

Quelle: Hans Wocken, Über die Entkernung der Behindertenrechtskonvention. In: Zeitschrift für Inklusion, Nr. 4 (2011)

The image shows several handwritten notes in red and green ink on a white background, along with a hand-drawn target diagram. The notes are:

- Top Left (Red):** "Bewusstsein der Gesellschaft schärfen für Menschen mit Behinderungen"
- Bottom Left (Red):** "gut gemacht ist nicht immer gut gemacht"
- Center (Red):** "Parteil.: gutal Auflagen, die Inklusion behindern, aus der Welt schaffen" (Note: 'gutral' is likely a typo for 'gute' or 'guter').
- Center (Green):** "Für Inklusion gibts kein Geld. Für Inklusion an Branchen aus kein geld."
- Center (Red):** "Barrierefreiheit für den Kopf"
- Center (Diagram):** A target with three concentric circles and an arrow hitting the center. Next to it is the text: "Behinderte Kinder wissen nicht im Mittelpunkt einer Gruppe sein".

aus einer streng zu Ende gedachten Inklusions-Logik ergäbe, deren zentrale ideelle Prämisse die Überzeugung von radikaler Selbstbestimmung sei. Doch auch hier wies Sell als Mahner auf die Stolperfallen und großen Gefahren einer inkonsequenten und halbherzigen Umsetzung: Eine nur partielle Ambulantisierung führe zu einer „Konzentration der Unerträglichkeit“ (Dörner) für verbleibende stationäre Einrichtungen wie z. B. Heime. Unerträglich sowohl für die Menschen, die dort verbleiben (müssen), weil sie nach heutigen Bewertungskriterien nicht „ambulantisierungsfähig“ sind, wie auch für die Menschen, die dort arbeiten, weil ihnen zur Betreuung und Pflege „nur“ noch jenes „zeitintensive“ Klientel bleibt.

**Inklusion in der Schule:
ideologische Grabenkämpfe**

Dass (vermeintlich) gut gemeint nicht immer gut getan ist und nicht immer Inklusion drin steckt, wo sie drauf steht – insbesondere wenn man auf halbem Weg stehen bleibt –, konnte Sell auch an der bildungspolitischen Dimension der deutschen Inklusionsdebatte verdeutlichen, die rund um das deutsche Schulsystem tobt. „Auflösung der Förderschulen“ sei das Ziel aller, aber wie kann der Inklusions-Auftrag in Regelschulen erfüllt werden?

Während in Deutschland noch nicht einmal die Lehrer/-innenausbildung inklusiv ausgerichtet sei und zu diesem Thema höchstens ein Modul auf freiwilliger Basis an den Hochschulen angeboten werde, seien unsere europäischen Nachbarn im englischsprachigen und skandinavischen Raum (mal wieder) viel weiter: Ob in „Schulzentren“ über

Stamm- und Spezialgruppenverfahren oder über klassenbezogene innere Differenzierung, beweisen andere Bildungssysteme, wie vielfältig und kreativ inklusive Schule praktiziert werden kann. Während laut Sell in anderen Ländern und Systemen pragmatisch immer im Sinne des Kindes entschieden wird, verliert sich die deutsche Bildungsdebatte und damit auch die um die inklusive Reformierung des Schulsystems in ideologischen Grabenkämpfen, deren Imperative noch immer um Sonder- und Regelpädagogik kreisen und – um in der Sprache der Revolutionsrhetorik zu bleiben – damit „konterrevolutionär“ geprägt sind.

In dem Moment, in dem der Gastredner sich abschließend selbst als glühender Befürworter von Inklusion bezeichnete, ließ das resümierende „Aber“ nicht lange auf sich warten: Letztlich müssten Begriff, Inhalte, Umsetzungsschritte und das Ziel in der „Systemlogik Inklusion“ vorsichtig und kritisch reflektiert werden. Die Entwicklung und Kommunikation von Inklusionsstandards forderte Sell, um die große revolutionäre Idee nicht einer wie auch immer gearteten Beliebigkeit auszuliefern und einer drohenden Ausuferung in eine „Inklusionsindustrie“ entgegenzuwirken.

So ließe sich das Sell'sche Aber zusammenfassen:

- Inklusion ja, aber nicht als sinn- und zielentleerter oder zerschredderter Modebegriff!
- Inklusion ja, aber nicht als (vorsätzliche) Falsch-Etikettierung für lediglich „para-inklusive“ oder „teilintegrative“ Prozesse!
- Inklusion ja, aber unter der Prämisse adäquater und verbindlicher Standards!

Im KiGA STOLPERT
INKLUSION ÜBER
EIN LANGES
INTERACTIONS-
ANTRAGS-
VERFAHREN!

Eine Hochschul
für alle

Akzeptanz für Randgruppen
ist immer notwendig und
Voraussetzung

Parität:
Positive Beispiele bekannt machen

Zusammenarbeit von
KiTa + Grundschulen,
verkürztes Antragsverfahren

Faus aus
den Förderschulen!

KiTa kompetenz
benötigt mehr
Anerkennung!
insbesondere von
Schulen

Inklusion geht alle an!

„Diskussionen in Caféhaus-Atmosphäre“ verließ das World Café im Kasseler Ständesaal am Nachmittag. In wechselnder Besetzung an verschiedenen Café-Tischen erörterten die Teilnehmenden des Verbandstages hintereinander vier Fragestellungen zum Themenkomplex „Inklusion und Parität“. Auf diese Weise gab es einen lebendigen Austausch in der Kommunikation der unterschiedlichsten Mitgliedsorganisationen.

Alle Teilnehmenden waren dazu eingeladen, ihre Ideen und Gedanken während der Diskussionen auf den Tischdecken festzuhalten und der nächsten Tischgruppe auf diesem Wege Eindrücke aus der Gesprächsrunde zu hinterlassen. Wie diese Möglichkeit genutzt wurde ist im unteren Teil dieser Broschüre zu sehen. Hier ein Überblick über die „Gespräche in vier Runden“:

1. Welche inklusiven Ansätze gibt es bereits in unseren Einrichtungen und Diensten? Eine Aussage ragte heraus: „Im Kindergarten ist Inklusion bereits selbstverständlich.“ In der Tat ließen Kita-Vertreterinnen in den Diskussionszirkeln anklingen, dass sie eine adäquate Betreuung auf jeden Fall möglich zu machen versuchen, bevor sie ein Kind ablehnen. Als erstrebenswert erachteten viele Teilnehmende ferner die Öffnung von Werkstätten. Genannt wurden außerdem „Angebote für alle“ und der Abbau von Berührungsgängsten.

2. An welchen Punkten sehen wir noch Entwicklungsbedarf innerhalb unserer Einrichtungen und Angebote? Besteht Unterstützungsbedarf und wenn ja, welcher? „Umfassende Barrierefreiheit“ war hier ein zentrales Thema des Nachmittags. Etliche Teilnehmer/-innen erwähnten bauliche Un-

zulänglichkeiten, deren Behebung allerdings ohne finanzielle Unterstützung kaum möglich sei. Als bedeutsam erschien außerdem, das Bewusstsein für Inklusion in den eigenen Reihen zu stärken und Eigeninitiative zu fördern. Auch sollten sich mehr Menschen mit Behinderungen beteiligen können und die Zusammenarbeit zwischen Behinderten- und Jugendhilfe sollte ausgebaut werden.

3. Wie soll mein Arbeitsfeld unter Berücksichtigung des Inklusionsgedankens 2020 aussehen? Aus dem Antwortpuzzle entstand folgendes Zukunftsbild:

- Die Förderung ist ausschließlich personenzentriert.
- Aus stationären Einrichtungen haben sich ambulante Strukturen entwickelt, manche Einrichtungen sind sogar überflüssig geworden.
- Das Bildungssystem ist inklusiv.
- Arbeit gibt es auch außerhalb der Werkstätten.
- Die Systeme greifen ineinander, die Bürokratie ist reduziert. Grundsätzlich herrscht überall nachbarschaftliches Miteinander, und niemand muss mehr Überzeugungsarbeit für Inklusion leisten.

4. Welche Position zum Thema Inklusion erwarte ich vom PARITÄTISCHEN Hessen als meinem Dachverband? Die in den Antworten formulierten Aufgaben sind komplex: Der PARITÄTISCHE solle Inklusion vorleben, den Inklusionsbegriff fördern, Leitfäden und Standards entwickeln sowie Best Practice-Projekte vorstellen. Parallel dazu solle der Verband unbequem bleiben und die Politik in die Pflicht nehmen. Das heißt konkret: den Aktionsplan des Landes Hessen voranbringen, für Ressourcen streiten und das „versäulte Finanzierungssystem“ als inklusionshinderlich bekämpfen.

gesetzliche Vorgaben sind oft zu stark!
vgl. „Rahmenvereinbarung Inklusion“

Expertenwissen
von Betroffenen nutzen

Wie werden Menschen
mit Behinderung inkludiert,
die keine „Vorzeige-
Behinderte“ sind, z. B.
mit Verhaltensauffälligkeiten?

inklusive
barrierefreier ÖPNV
Statt Fahrdienste

Wunsch- und
Wahlrecht!

Beratung von Erziehungsberechtigten + Eltern
für einen gelingenden Umgang
mit versch. Behinderungen

IMPRESSUM

v.i.S.d.P. Günter Woltering
Landesgeschäftsführer

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.
Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

www.paritaet-hessen.org

Artikel 8 der Behindertenrechtskonvention

Bewusstseinsbildung

- (1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um
 - a) in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;
 - b) Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, einschließlich aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen zu bekämpfen;
 - c) das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit Behinderungen zu fördern.
- (2) Zu den diesbezüglichen Maßnahmen gehören
 - a) die Einleitung und dauerhafte Durchführung wirksamer Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel,
 - i) die Aufgeschlossenheit gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen,
 - ii) eine positive Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen und ein größeres gesellschaftliches Bewusstsein ihnen gegenüber zu fördern,
 - iii) die Anerkennung der Fertigkeiten, Verdienste und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen und ihres Beitrags zur Arbeitswelt und zum Arbeitsmarkt zu fördern;
 - b) die Förderung einer respektvollen Einstellung gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen des Bildungssystems, auch bei allen Kindern von früher Kindheit an;
 - c) die Aufforderung an alle Medienorgane, Menschen mit Behinderungen in einer dem Zweck dieses Übereinkommens entsprechenden Weise darzustellen;
 - d) die Förderung von Schulungsprogrammen zur Schärfung des Bewusstseins in Bezug auf Menschen mit Behinderungen und für deren Rechte.